

Stellungnahme

des Beirats der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen zu bedenklichen Entwicklungen in der katholischen Kirche

Wir beobachten mit Betroffenheit und Sorge:

- Laien dürfen nicht mehr in der Eucharistiefeier predigen.
- Bei der Besetzung theologischer Lehrstühle wird das Einspruchsrecht der Kirchenleitung zur Einschüchterung der Theologen und zur Uniformierung der Theologie mißbraucht.
- Bei der Besetzung der Bischofsstühle werden die Ortskirchen in ihrer Eigenständigkeit mißachtet und zu Filialen der römischen Zentrale degradiert.

In all dem sehen wir Symptome einer generellen Tendenz: Man geht hinter jene biblischen und kirchlichen Traditionen zurück, die vom Zweiten Vatikanischen Konzil wieder ins Bewußtsein der Kirche gerückt worden sind. Die Würde des Volkes Gottes wird verletzt und die genuine Autorität getaufter und gefirmter Christen und Christinnen wird nicht respektiert. Der Reichtum ihrer Begabungen darf sich in der Kirche selbst nicht entfalten.

Als Pastoraltheologen stellen wir fest: Hier geht es nicht mehr um geistliche Vollmacht, sondern um Macht, nicht um Seelsorge, sondern um die Erhaltung fragwürdiger Kirchenstrukturen. Als Hochschullehrer warnen wir vor den entmutigenden Folgen solchen Vorgehens im Blick auf die jungen Menschen, die wir für den pastoralen Dienst ausbilden.

Wir erklären uns solidarisch mit den Gemeinden, mit den Frauen und Männern im pastoralen Dienst und in den Schulen, mit den Priestern und Bischöfen, die unter diesen Entwicklungen leiden. Wir bedauern mit ihnen, daß sich ein Klima der Angst und Subalternität in der Kirche breitmacht. Die Tradierungskrise des Glaubens wird so nicht bewältigt, sondern verschärft. Die Brüskierung der Ortskirchen, insbesondere der Laien, lähmt die Ausstrahlung der ganzen Kirche und ihre Fähigkeit, die Zukunft aus dem Glauben zu gestalten.

Wir danken den Domkapiteln von Köln und Salzburg sowie den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz für ihre entschiedene Haltung. Sie lassen uns für die Kirche hoffen.

Würzburg, den 26. November 1988